



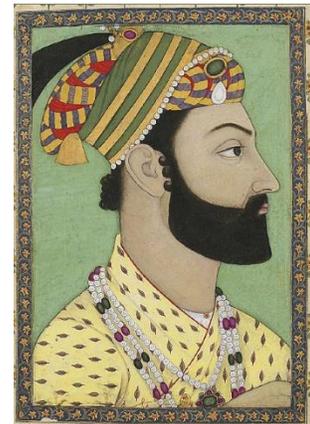
Globaler Regionalismus

Brückenbau in Mittel-, West- und Ostasien, Erosion in Mitteleuropa

Afghanistans Lage ist desolater, erfuhr Außenminister Kerry, als er am Sonntag in Kabul eintraf. Dort gab es umstrittene Wahlen am 6. April 2014, Stichwahlen am 14. Juni, wonach Kerry Anfang Oktober ausgleichen konnte. Präsident wurde Ashraf Ghani, ein Paschtune, und Chefmanager Abdullah Abdullah. Jedoch rivalisieren sie, worunter Afghanen leiden.

Beider Gegner, die Taliban, sind selbst nach 15 Konfliktjahren stark. Zudem dringen die Jihadisten des "Islamstaats", IS, in Opiumländer Ostafghanistans vor. Um ihnen zu begegnen, bewaffnet Kabul seit Mitte des Vorjahres Dörfler in Milizen, etwa in Kot, das der IS überwältigte. Riskant soll es in 140 Distrikten der 32 Provinzen weitergehen. US-Drohnen und Flieger gingen ebenso den IS in der Ostprovinz Nangarhar an. Eine Bilanz steht noch aus. Sicher ist, dass Kabul von außen abgestützt werden muss. Noch sind knapp 9.800 US-Truppen dort, im nächsten Jahr wohl nur noch 5.500. Also fliehen Afghanen nach Europa.

Im Vorjahr gingen 80.000 nach Deutschland, seit Jahresbeginn langten 30.000 bei den Griechen an. Ein neuer US-Ansatz folgt wohl erst 2017, obwohl Präsident Putin emsig von Zentralasien her auch durch die Shanghai Sicherheits-Organisation von Afghanistan über Pakistan bis Indien auszugreifen sucht. Mit Beijing im Rücken, kann er dort weit ausholen. Vor den Expansionen Europas war es ein Raum der wechselseitigen Eroberungen, wie es Ahmad Schah Durrani, Wiki Bild, seit 1738 zeigte. Der "Vater der Nation" eroberte das heutige Indien samt Pakistan bis 1761, schuf das letzte große Afghanenreich. Umgekehrt war die russische Geschichte eine der Emanzipation von Asiens Islamreichen. Akut ist wieder das Ringen um Asien durch Europa und Amerika.



Dazu zählt Westasien, wo John Kerry Premier Haidar al-Abadi traf. Der Iraker wollte die Offensive auf Mosul vorbereiten. Doch hat er zu viele Probleme in Bagdad, so zwischen Sunniten und Schiiten. Nach Protesten des Schiitenführers Muqtada as-Sadr wird al-Abadi das Kabinett verkleinern. Immerhin sind 4.000 US-Truppen im Zweistromland, deren Zahl noch steigen wird. Besser steht es in Iraks Kurdistan unter Premier Nijirvan Idris Barzani, Partner für Berliner Bemühungen in dieser Region, die Angela Merkel angekündigt hatte.

Donnerstag weilte John Kerry im Golfat in Bahrain. Die sechs Länder hegen Vorbehalte gegen den Atompakt mit Teheran - und bauen vor. König Salman empfing Indiens Premier Narendra Modi auch zu Militärfragen. Beide wollen nicht Terror mit einer Ethnie, Religion oder Kultur verknüpfen. Indien hat 120 Millionen Muslime. Zum anderen bauen Ägypter und Saudis die König-Salman-Brücke über das Rote Meer an der Tiran-Südspitze. Salman besprach mit al-Azhar-Großscheich Ahmad at-Tayyib, den "moderaten Islam" zu fördern. Präsident as-Sisi forderte eine vereinte Allarabische Armee gegen "islamistische Militanz".

Globaler Regionalismus

Da ein gewisses Vakuum in Mittelost entstanden ist, das bereits Putins Schiiten-Achse mit Iran zu füllen beginnt, und der Westen an Vertrauen verloren hat, vernetzen sich Sunniten untereinander. Sie schaffen die Basis, eigenständig zu handeln. Dazu zählen die saudischen Investitionen über \$22 Milliarden in Ägypten und eine Freizone auf [Sinai](#). Saudische Pläne gegen gähnende Defizite zielen darauf ab, bis 2018 die Aramco zu verkaufen. Die künftige Salman-Brücke kann Mekka-Pilgerer führen, aber auch Truppen an Brennpunkte. Abd al-Al, Parlamentssprecher, betonte die vielen kompatiblen Visionen in Kairo und ar-Riyadh.

Dazu zählte Freitag das erste Treffen eines saudischen Monarchen mit dem ägyptischen Papst, hier Salman und Tawadrus II. Religion, sagte der [Kopten](#)-Führer in Kairo, bilde eine Beziehung zwischen Mensch und Gott. Alle Glauben forderten Toleranz und Koexistenz. Was für ein Zeichen setzendes Treffen der Beiden zugunsten der Minoritäten hier und dort.

Eurosion - Zerfall und Exodus

Neue Fragen von Minderheiten erwachsen auch in Europa. Zum einen "eurodieren" selbst einige alt etablierte Gemeinden, und nicht zum Besseren. Ein sehr beängstigender jüdischer Exodus nimmt zu. Allein im Jahr [2015](#) machten 8.000 Juden die Alija von Frankreich nach Israel sowie 15.000 aus Osteuropa, zumeist aus der Ukraine. Insgesamt erwartet man in Israel in diesem Jahr 30.000. Europa ist für sie und ihre Kinder kein sicherer Platz mehr. Dies wirkt auf Israel und Umgebung, wo eine Zwei-Staaten-Idee an Attraktivität verliert.

Umgekehrt bildet Europa neue Minoritäten oder verstärkt bestehende, zumeist zugunsten von Muslimen. Die unkontrollierte Immigration seit Angela Merkels "[Willkommen](#)" hat die Tür auch für Islamisten geöffnet, die infolge von Passfälschung und Visafreiheit damit ein reguläres Hin- und Herreisen zwischen Europa und Mittelost eröffnet haben. Insofern wäre die geplante Visafreiheit für die Türkei zur Jahresmitte in dieser Krise höchst riskant. Sie mag später realisiert werden, wenn sich Gefahren auch für die Türkei minimiert haben.

Laut Angaben des Internationalen Zentrums für Anti-Terrorismus vom [8. April](#), sind in den jüngsten 18 Monaten dem "Islamstaat" 4.000 Jihadisten zugeflossen. Zwei Drittel von ihnen stammen aus vier Staaten: Belgien, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Alarmierend nicht nur, dass die meisten [Islamisten](#) nicht nur junge Männer aus Metropolen sind, sondern dass eine steigende Zahl von Familien in das "Kalifat" überzusiedeln sucht.

Insofern steht und fällt Kanzlerin Merkels Migrationskurs mit vier Faktoren. Sie muss ihre Kreativität darin zeigen: gelingt es ihr, die illegale Immigration zu beenden; entwickelt sie eine transparente Vision für das Miteinander in diesem demografischen Umbruch ohne die Segregation in den Ghettos; entfaltet sie Initiativen einer echten und grundgesetzlichen Integration im [Alltag](#); und schafft sie eine solche Lage der Sicherheit, dass katastrophale Anschläge rechtzeitig verhindert werden können? Hier ist wenig Anlass zum Optimismus.

Angela Merkel rückte am [8. April](#) eine [Integration](#) in den Vordergrund und stellte allen eine alte Bismarck'sche Erkenntnis vor, dass die mitteleuropäischen Friedensnetze an den Rändern aufgespannt werden. Gut, die Türkei ist einzubeziehen, ohne gleich die volle EU-Mitgliedschaft vor Augen zu haben. Jede Visafreiheit bedarf ihrer erfüllten Bedingungen und sollte, von der Lage abhängig, weit später anstehen. [Wolfgang G. Schwanitz](#)